

Vertraut den Jungen!

Wagen wir mehr Demokratie. Auch die 16- und 17-jährigen Zürcherinnen und Zürcher sollen abstimmen und wählen können.

Pascal Unternährer, Ela Çelik(Foto)
Publiziert: 05.05.2022



Bei einem Ja zum Verfassungsartikel übers Stimm- und Wahlrechtsalter 16 erhalten 22'000 Zürcher Jugendliche mehr politische Rechte. Foto: Ela Çelik

16- und 17-Jährige sind in ihren Ansichten noch nicht gefestigt und haben einen Sturm im Kopf. Wer mit diesem Bild in die Diskussion mit Jugendlichen in diesem Alter steigt, wird oft eines Besseren belehrt. Es ist für Personen, die nicht täglich mit Jungen zu tun haben, faszinierend. Egal, ob Gymisülerinnen oder Lehrlinge: Spricht man mit ihnen, reflektieren sie Themen, zeigen Interesse, haben Meinungen – und zwar nicht nur die «Profis» vom Klimastreik oder aus den Jungparteien, sondern auch die jungen Herr und Frau Schweizer.

Junge tragen früh Verantwortung

Sie haben ja auch schon folgenreiche Entscheide fällen müssen. Welche Berufslehre mache ich? Wie gestalte ich die Pfadiübung? Will ich nach der Scheidung der Eltern lieber bei der Mutter oder doch beim Vater leben? Will ich Sex mit einem 20-Jährigen? Viele haben auch schon echte Verantwortung getragen. Bei der Betreuung der Geschwister oder als Babysitter etwa. Oder beim Kundenkontakt im Job. Oder nur schon bei der Organisation eines Vereinsanlasses.

Diese Jugendlichen sind in der Lage, sich zu informieren über eine politische Vorlage. Jedenfalls im selben Mass, wie es den 18- oder 19-Jährigen zugetraut wird, die bereits seit 1991 wählen und abstimmen dürfen. In Österreich, wo 16-Jährige seit 2007 wählen können, hat man sogar herausgefunden, dass die Jüngeren besser über Politik Bescheid wissen als die 18- bis 19-Jährigen.

Die Jugendlichen sollen zu involvierten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern werden.

Senkt man das Stimmrechtsalter, werden die Schweizerinnen und Schweizer früher zu Citoyennes und Citoyens. Es ist in Zeiten, in denen autoritäre und antidemokratische Regimes wie in Russland oder China einflussreicher werden, wichtig, die Stärken der Demokratie möglichst früh auszuspielen. Die Jugendlichen sollen zu involvierten Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern werden. Haben sie in der Schule Staatskunde, müssen sie es möglichst unmittelbar anwenden können, und nicht erst zwei Jahre später.

Die SVP schürt mit einer aggressiven Kampagne die Angst vor einem «linksradikalen» Umbruch, wenn Jüngere abstimmen könnten. Das ist aus drei Gründen Humbug. Erstens geht es um 2,4 Prozent des Wählerpotenzials. Bei einer – sehr optimistischen – Beteiligung von 40 Prozent der stimmberechtigten Jugendlichen ginge es also noch um 1 Prozent. So bricht keine Revolution aus – zumal die wenigsten Jugendlichen «linksradikal» sind. Vielmehr hat – zweitens – eine Studie gezeigt, dass Jugendliche eher als der Durchschnitt des Stimmvolks Polparteien, also auch die SVP wählen.

Das Steuern-Argument zieht nicht

Drittens ist es undemokratisch, Personen aus politischen Gründen keine Stimme zu geben. Genauso könnte man jenen 100'000 Steuerpflichtigen im Kanton, die keine Einkommenssteuern zahlen, das Stimmrecht verwehren. Damit ist auch das zweite Hauptargument der Gegner entkräftet, das lautet: Wer keine Steuern zahlt, soll nicht über Millionenausgaben entscheiden.

«Junge sind beeinflussbar.» Auch das ist ein gerne vorgebrachtes Gegenargument. Natürlich stimmt das. Aber: Sind wir das nicht alle? Und wer sagt, dass nur die eine Seite Einfluss ausübt, zielt an der Realität vorbei. Aus verschiedenen Einflüssen resultiert eine eigene Meinung – am Familientisch, in der Schule, im Verein, ja sogar im Internet. In der digitalen Welt finden sich die Jugendlichen, die mit dem Netz aufgewachsen sind, bestimmt nicht weniger gut zurecht als viele Erwachsene.

Die Jungen müssen länger mit den gefällten Entscheiden leben als die stimmenden Erwachsenen, die zur Hälfte über 57 Jahre alt sind.

«Die Jungen wissen zu wenig und interessieren sich nicht für Politik»: So lautet ein weiterer Einwand. Diesem kann negativ wie positiv entgegnet werden. Das negative Argument ist die Gegenfrage: Interessiert sich die Mehrheit der stimmberechtigten Erwachsenen für Politik? Und wissen sie über die Abstimmungsvorlagen Bescheid? Gewiss nicht alle. Die Stimmbeteiligung variiert stark und liegt meistens unter 50 Prozent. Das ist zu bedauern, aber eigentlich kein Problem: Abstimmen ist ein Recht, keine Pflicht.

Die positive Antwort ist: Mit diesem Recht wird das Interesse der Jugend an Politik eher geweckt, als wenn man ihnen dieses Recht schnöde verwehrt. Schliesslich müssen diese Jungen länger mit den gefällten Entscheiden leben als die stimmenden Erwachsenen, die zur Hälfte über 57 Jahre alt sind.



Mehr Teilhabe: 20-jährige Zürcherinnen und Zürcher werden 1975 an der Jungbürgerfeier im Kongresshaus Zürich ermuntert, ihre Stimme zu einer Abstimmungsvorlage abzugeben. Archivfoto: Keystone